

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

IM LAND DES LÄSTERNS?

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

im vergangenen Heft habe ich an dieser Stelle darauf gehofft, dass wir der Corona-Krise mit klassischen Werten der Sozialdemokratie begegnen werden: Mit Zusammenhalt und Solidarität, mit einem fürsorgenden Staat, mit einer starken Gemeinschaft. Bisher hat das in diesem Land so gut geklappt wie in fast keinem anderen Land der Welt. Das liegt auch an der SPD, die in der Großen Koalition entscheidende

Impulse setzte und deren Ministerinnen und Minister sich als kompetente Krisenmanager bewährt haben.



Ich glaube, wir Sozialdemokraten haben in dieser Krise bisher gut agiert. Sogar so gut, dass es manchen anderen politischen Lagern ungemütlich zu werden scheint. Man hätte gerne eine kriselnde SPD. Und wenn sie nicht kriselt, sondern Krisen löst, dann versucht man, wenigstens irgendwelche Krisen an die Wand zu malen. Gibt es keinen Grund, über die SPD zu lästern, dann erfinde einen.

KONJUNKTURPAKET IST EIN GEWALTIGER SCHRITT

Über zwei Dinge habe ich mich geärgert in den vergangenen Wochen. Da war zunächst das Konjunkturpaket des Bundes, ein gewaltiger und schneller Schritt für unser ganzes Land. Beides war nötig, denn wir brauchen jetzt Hilfe gegen den wirtschaftlichen Kollaps, nicht in sechs Monaten. Die Landesregierung in Baden-Württemberg schiebt das alles noch weit vor sich her.

Und ja, im Konjunkturpaket sind keine Kaufprämien für Autos mit Verbrennungsmotoren vorgesehen. Wegen der SPD. Stattdessen gibt es aber niedrigere Mehrwertsteuer. Wahr ist auch,

dass auch ich solche Kaufprämien für sinnvoll erachtet hätte, genauso wie viele Gewerkschaften. Doch in welchem Maß man aus diesem Meinungsunterschied, diesem Detail in einem gewaltigen, eine ganze Volkswirtschaft betreffenden Paket nun ein grundlegendes
sche
der
ter
w
a

GEBÜHRENFREIE KITAS: WIR MACHEN WEITER!

Ziemlich dümmlich schließlich auch mancher Kommentar zu unserer gerichtlichen Niederlage in Sachen Volksbegehren für gebührenfreie Kitas. Nein, es war eben gar nichts „klar und eindeutig“, sonst hätte man ja kein oberstes Gericht bemühen müssen. Und spannenderweise sah das Gericht andere Probleme als das Innenministerium, hätte die vom Ministerium abgelehnten Punkte aber zugelassen.

Und noch einmal und zum klaren Verständnis: Das Gericht hat nicht erklärt, dass Kitas nicht gebührenfrei sein dürfen. Es hat nur anhand einiger strittiger Auslegungsfragen entschieden, dass man diese Gebührenfreiheit nicht per Volksbegehren einführen darf. Leider nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Wer jetzt also dickbräsig behauptet, wir seien mit dem Kopf gegen die Wand gerannt, hätten uns juristisch blamiert, der erklärt wahrscheinlich auch Virologen, wie sie ihren Job machen sollen.

Klar ist: Wir machen weiter. Gegen die Auswirkungen der Corona-Krise. Für eine Rettung von Firmen und Arbeitsplätzen. Mit den Gewerkschaften. Und wir werden weiter für gebührenfreie Kitas in diesem Land kämpfen. Lästern sollen andere, wir leisten etwas. Sagt es weiter.



BÜNDNIS FÜR GEBÜHRENFREIE KITAS: JETZT ERST RECHT!

Die SPD wird sich weiterhin mit voller Kraft für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg einsetzen. Das kündigte SPD-Landeschef Andreas Stoch an, nachdem der Verfassungsgerichtshof Mitte Mai das entsprechende Volksbegehren für unzulässig erklärt hatte.

„Die Gebührenfreiheit bleibt auf unserer politischen Agenda ganz oben und darf auch nicht gegen den weiteren Ausbau von Kitaplätzen und die Qualitätsentwicklung ausgespielt werden“, betonte Andreas Stoch. „Wir werden die Landtagswahl im März zur Volksabstimmung über gebührenfreie Kitas machen.“

WIR STEHEN FEST ZUSAMMEN!

Auch das von der SPD initiierte Bündnis für gebührenfreie Kitas hat die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs als klaren politischen Ansporn verstanden.

„Jetzt erst recht“, erklärten die Bündnispartner in engem Schulterschluss. „Nach der rechtlichen Ablehnung des Volksbe-

gehrens kommt es nun darauf an, den gesellschaftspolitischen Druck für unser inhaltliches Ziel der Gebührenfreiheit weiter zu erhöhen.“

STARTSCHUSS FÜR FAMILIENPOLITISCHEN AUFBRUCH

Das Bündnis betonte, sich nicht davon abbringen zu lassen, Familien in Baden-Württemberg entlasten zu wollen. Dies gelte nach der Corona-Krise umso mehr. „Die rechtliche Beurteilung dieses Volksbegehrens ist das eine, der gesellschaftliche Wille und die Entlastung der Familien sind das andere. Wir stehen da fest zusammen.“

Mittlerweile haben sich 15 Organisationen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Parteien im Land zusammengefunden, um sich für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen. Auch in vielen Städten und Gemeinden haben sich inzwischen lokale Zusammenschlüsse gegründet. „Dieses Rechtsurteil ist kein Endpunkt. Sondern es ist der Startschuss für einen familien- und bildungspolitischen Aufbruch!“



HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM JULI

zum 50. Parteijubiläum



zum 60. Parteijubiläum:



IM AUGUST

zum 50. Parteijubiläum:



zum 60. Parteijubiläum:



IMPRESSUM | Herausgeber: Andreas Reißig
 Redaktion: Andreas Reißig · Stefanie Liepins
 Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg · Wilhelmsplatz 10 · 70182 Stuttgart
 Fon: 0711 619 36-31 · Fax: 0711 619 36-55
 Mail: andreas.reissig@spd.de · Internet: www.spd-bw.de

TERMINE IM JULI

Samstag, 4. Juli
 Wahlkampf Kick-Off
 (Online-Konferenz)

Dienstag, 7. Juli · 10:30 Uhr
 AG 60 plus-Landesvorstand,
 Stuttgart

Freitag, 10. Juli · 15:30 Uhr
 Präsidium, Stuttgart

Mittwoch, 15. Juli · 18:30 Uhr
 Juso-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 18. Juli · 10:30 Uhr
 ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 18. Juli · 10:30 Uhr
 Landesvorstand, Stuttgart

Montag 20. Juli · 18:15 Uhr
 AGS-Landesvorstand, Stuttgart

Montag, 20. Juli · 19:30 Uhr
 AfA-Landesvorstand
 (Telefonkonferenz)

Samstag, 25. Juli · 10:30 Uhr
 ASF-Landesvorstand, Stuttgart

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2020

13. UND 14. NOVEMBER 2020 IN DER MESSE FREIBURG

Freitag, 13. November 2020 · 14.00 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Gabi Rolland MdL, stellv. Landesvorsitzende

Konstituierung

Grußwort

Oberbürgermeister Martin Horn

Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden

Andreas Stoch MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Bericht des Schatzmeisters

Karl-Ulrich Tempel

Bericht der Kontrollkommission

Karin Rehbock-Zureich

verbundene **Diskussion und Aussprache**

Antragsberatung

Organisationspolitische Anträge und Leitanträge

Wahl des Spitzenkandidaten / der Spitzenkandidatin

für die Landtagswahlen 2021 (neu)

Wahlen

- Landesvorsitzende / Landesvorsitzender
- stellvertretende Landesvorsitzende
- Generalsekretärin / Generalsekretär
- Schatzmeisterin / Schatzmeister

Samstag, 14. November 2020 · 9.00 Uhr

Grußworte

Antragsberatung

Wahlprogramm

Fortsetzung der Wahlen zum Landesvorstand und weitere Wahlen

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes
- Mitglieder der Kontrollkommission
- Mitglieder der Schiedskommission

Ehrungen von Mitgliedern

ca. 17.00 Uhr: **Schlusswort**

Antragsschluss ist der 2. Oktober 2020

GENERALSEKRETÄR SASCHA BINDER: ROTES NETZ NIMMT AN FAHRT AUF!

Über 1.300 Mitglieder sind inzwischen im „Roten Netz“, unserer neuen digitalen Kommunikationsplattform für alle Mitglieder – eine tolle Entwicklung!

Nun wollen wir das Rote Netz gerade auch im Blick auf die Landtagswahl nutzen, um unsere Themen gemeinsam zu diskutieren und weiterzuentwickeln. In Kürze werden wir Gesprächsrunden etwa zum neuen Polizeigesetz oder zu programmatischen Knackpunkten in der Mobilität, bei der di-

rekten Demokratie oder zum Landtagswahlrecht anbieten.

Ein erster Termin zur Pflege steht bereits fest: Am 17. Juli um 18.30 Uhr wird die Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Heike Baehrens als Diskussionspartnerin zur Verfügung stehen. Alle weiteren Informationen dazu findet ihr auf <https://rotesnetz.spd-bw.de>.

Ihr seht: Unser Rotes Netz nimmt an Fahrt auf. Wir halten euch auf dem Laufenden!



ROTES NETZ
JETZT ONLINE!



„DAS KRISENFESTE KLASSENZIMMER“

**ANDREAS STOCH,
FRAKTIONS-VORSITZENDER**

ÖFFNUNG MUSS SCHULE MACHEN!

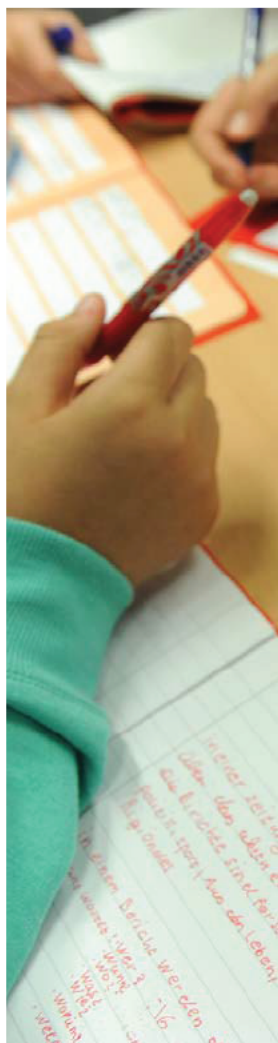
Beste Bildung für alle ist eines der wichtigsten sozialdemokratischen Ziele, der Einsatz für Bildungsgerechtigkeit eine unserer Kernkompetenzen. Schon allein deswegen konnten wir lange nicht zufrieden damit sein, wie unsere Schulen und Kitas nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie aufs Abstellgleis geschoben wurden. Schon die Schließung war laut vielen Betroffenen in Baden-Württemberg ein wenig chaotischer als sie hätte sein müssen. Doch damals waren wir alle Neulinge in Sachen Corona und standen vor einer unbekanntem, unabsehbaren Gefahr.

Doch das ist inzwischen Monate her. Und was seither geschehen ist, gibt Anlass zu weitaus mehr Kritik. Überall hört man von mangelnder Kommunikation zwischen der Landesregierung und den Schulen, liest sich widersprechende Ankündigungen, erhält viele Auflagen und wenig Handreichungen. Und immer wieder ergibt sich der untragbare Zustand, dass Schulen und ihre Schulträger aus den Medien erfahren, dass sie gravierende Änderungen vornehmen müssen – und das oft nur wenige Tage später.

KOMMENDE MONATE FÜR NEUSTART NUTZEN

Als Oppositionspartei ist es unsere Aufgabe, so etwas zu kritisieren. Doch bei Kritik alleine will es die SPD nicht belassen. Darum haben wir am 2. Juni in Stuttgart unser Positionspapier „Das krisenfeste Klassenzimmer“ vorgestellt. Es ist eine lange Liste mit Vorschlägen dafür, wie eine möglichst „normale“ Schule, wie Präsenzunterricht und persönliche Betreuung in Zeiten von Corona wieder gelingen kann. Und zwar auch, falls es zu Rückschlägen kommen sollte und man die Auflagen wieder verschärfen müsste. Genau deswegen ist im Titel vom „krisenfesten Klassenzimmer“ die Rede.

Wir haben diesen Katalog nötiger Schritte für einen Regelbetrieb bewusst schon an Pfingsten vorgestellt, denn es ist höchste Zeit, die kommenden Monate für einen fundierten und gemeinsam mit Lehrern und Eltern vorbereiteten



Neustart zu nutzen. Unser Katalog sieht ein größtmögliches Maß Präsenzunterricht mit breiter Unterstützung vor. Es geht darum, dass die Schulen die passenden Instrumente für alle Fälle im Koffer haben. Denn es kann nicht sein, dass Schulen und Schulträger bei jeder Lageänderung wieder bei Null anfangen und ganz von vorne planen müssen.

Die SPD schlägt unter anderem vor, Lehrkräfte regelmäßig auf das Coronavirus zu testen und Lehrpersonal aus Risikogruppen rechtzeitig für Distanzunterricht einzuteilen. Wir fordern mehr Schulsozialarbeit, die Einstellung von Referendaren auch in den Ferien sowie die Hilfe auch von externen Partnern und Studierenden. Zudem schlägt unser Plan eine deutlich bessere digitale Ausstattung der Schulen und der Schüler vor. Auch sollen die Bildungspläne überprüft und Lerninhalte priorisiert werden – gerade für den Fall, dass es mit den Lockerungen nicht so erfreulich weitergehen kann wie bisher.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN KULTUSMINISTERIUM UND SCHULEN ERNEUERN

Neben einer deutlich besseren Kommunikation fordert die SPD ein zehn Millionen Euro starkes Landesnachhilfeprogramm als Rettungsschirm für Schülerinnen und Schüler, ein Programm „Tablets für alle“ und ein Programm, das zeitlich begrenzte Mehrarbeit von Lehrkräften attraktiver machen und entlohnen soll. Denn dass sich die Arbeit über viele Monate sehr unterschiedlich verteilt, ist leider kein Gerücht. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sind bis über den Rand ihrer Möglichkeiten gegangen. Das gehört belohnt –

UND AUCH HIER GENÜGT DANK UND APPLAUS ALLEINE NICHT!

Vor allem fordern wir aber eine erneuerte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kultusministerium und Schulen. Statt nur zu verordnen, was nicht oder gehen darf, sollte es einen Katalog von Handreichungen geben, was wie gehen kann. Dies aber nicht als strikter Befehl von oben herab, sondern als verlässliches Instrumentarium, das die Schulen je nach Lage vor Ort nutzen können und dürfen. Denn wir wissen: Schon die räumlichen Voraussetzungen

sind von Ort zu Ort, ja von Schulgebäude zu Schulgebäude höchst unterschiedlich. Warum nicht dort Vorteile nutzen, wo man Vorteile hat?

ALLE BETEILIGTEN AN DEN TISCH HOLEN

Im Kern des Papiers stehen die bitteren Erfahrungen der langen Wochen des Lockdowns. Die Erfahrung, dass Homeschooling selbst im besten Fall eine immense Belastung für Kinder und Familien darstellt. Und die Erfahrung, dass dieses Modell jene Kinder über die Maßen benachteiligt, die zuhause gar keine Möglichkeiten für einen Distanzunterricht haben. Die langen Wochen der Schulschließungen haben jene Schere weit geöffnet, die unsere Schulen eigentlich mit aller Kraft zu schließen versuchen.

Für unser Papier haben wir uns eng mit Pädagogen und Eltern, Schulträgern und Bildungsexperten abgestimmt. Das ging nicht von heute auf morgen, aber es hat nicht Monate gedauert. Von der Landesregierung fordern wir, es genauso zu machen: Alle Beteiligten zurück an den Tisch holen und gemeinsam ein gutes Konzept für so viel Normalität wie möglich an den Schulen zu schaffen. Nicht weniger sind wir den Schülerinnen und Schülern, den Familien und der Lehrerschaft schuldig.

Das komplette Positionspapier kann man jederzeit online abrufen unter www.spd-landtag-bw.de/krisenfestes-klassenzimmer

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:
Nicole Matthöfer

Redaktion:
Hendrik Rupp

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Telefon
0711 2063-711/781
zentrale@
spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de
facebook.com/
spdlandtagbw
twitter.com/
spdlandtagbw
instagram.com/
spdlandtag_bw

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD